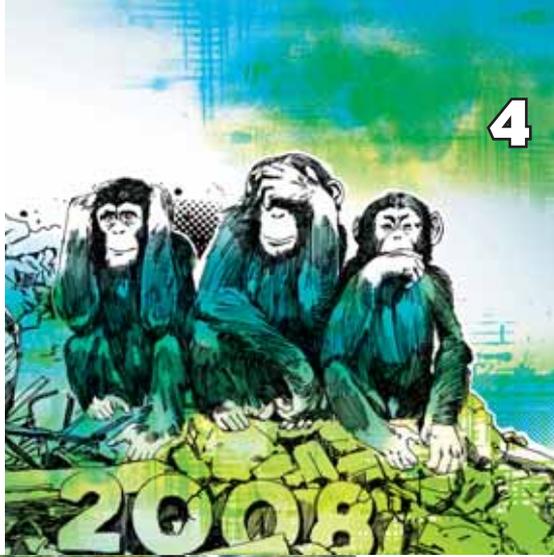


# KOMPETENZ

MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN, DRUCK, JOURNALISMUS, PAPIER



**AUSSER SPESEN  
NICHTS GEWESEN?  
10 Jahre Finanzkrise**



## KOMPETENZ Oktober 2018

- 3** EDITORIAL von Martin Panholzer
- 4** **Außer Spesen nichts gewesen**  
10 Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkrise mit der Lehman-Pleite sind Wirtschaft und Politik zur Tagesordnung zurückgekehrt. Von den Lehren aus der Krise will kaum noch jemand etwas hören.
- 10** **People over Profit**  
Aktionismus beim EU-Gipfel.
- 11** **KOMMENTAR von Barbara Teiber**  
zur Reform der Sozialversicherung.
- 12** **„Der Wunsch nach mehr Freizeit wächst“**  
Arbeitszeitexperte Roland Schneider spricht im KOMPETENZ-Interview über europäische Trends in der Arbeitszeitpolitik.
- 15** **ZAHLEN und Fakten zu Arbeitszeit und Gesundheit**
- 16** **Gekürzt ist nicht gespart**  
Über die Folgen der Kürzungen beim AMS.
- 18** **KURZMELDUNGEN zu Politik, Arbeit und Wirtschaft**
- 20** **„Wir werden darüber reden, wie gut das Gesundheitssystem war“**  
Der Betriebsratsvorsitzende der AUVA Erik Lenz im Porträt.
- 22** **Gute Ergebnisse ohne lange Arbeitszeiten**  
Kollektivvertragsverhandlungen gestartet.
- 24** **FAKTENCHECK Sozialversicherungsreform**
- 26** **RECHT: Expertin Andrea Komar zu Überstunden**
- 30** **Konsumentenschutz**  
Gewährleistung
- 31** **BUCHTIPPS und Impressum**



## Keine Alternative zum Dagegenhalten

von Martin Panholzer

**D**ie Jahre nach der großen Finanzkrise des Jahres 2008 waren geprägt von einer gesellschaftlichen Diskussion über Alternativen zu einem aus dem Ruder gelaufenen System des unkontrollierten Finanzkapitalismus. Auch die Frage nach der Verteilung des Reichtums stand ganz oben – auch in den politischen Prioritäten von Gewerkschaften. Seit geraumer Zeit ist es ruhiger geworden um diese Themen. Politischen Kräften in ganz Europa ist es gelungen, die Finanzkrise zu einer Staatsschuldenkrise umzudeuten. Die große Flüchtlingsbewegung des Jahres 2015 schuf übrigens einen willkommenen Anlass, um die Diskussion in andere Bahnen zu lenken. Flüchtlinge und ein angeblich überbordender Sozialstaat seien Schuld an gesellschaftlichen Problemen.

Wir müssen uns aber auch selbstkritisch fragen, warum wir dieser gesellschaftlichen Dynamik zu wenig entgegengestellt haben. Wir nehmen „zehn Jahre Finanzkrise“ in dieser Ausgabe der KOMPETENZ zum Anlass, die Frage der Verteilung des Reichtums wieder stärker in den Fokus zu nehmen. Viele Ökonominnen stellen in den Raum, dass die Krise, die vor zehn Jahren die Welt erschütterte, alles andere als überwunden sei. Die Forderung nach einer gerechteren Verteilung und stärkeren gesellschaftlichen Kontrolle der Märkte ist aktueller denn je. Es wird jetzt auch darum gehen, diese Frage wieder stärker in den konkreten politischen Prozess einzubringen. Die nächste Steuerreform etwa wird ein solcher Anlass sein.

Der Herbst ist traditionsgemäß eine sehr intensive Zeit für Gewerkschaften. Die heurigen Gehaltsrunden des Herbsts stehen zusätzlich unter dem Aspekt des von der Bundesregierung ohne Begutachtung und Einbindung der demokratischen Öffentlichkeit durchs Parlament gepeitschten Arbeitszeitgesetzes. Die negativen Auswirkungen dieses Gesetzes gilt es, auf der Ebene der Kollektivverträge auszugleichen. Auch die sogenannte Reform der Sozialversicherungen, die allein darin besteht, jene Sozialversicherungsträger politisch umzukrempeln, in denen Gewerkschaften bisher Einfluss hatten, beschäftigt uns intensiv. Es wird ein ereignisreicher Herbst werden und die Öffentlichkeit wird unsere Aktivitäten wahrnehmen und spüren. Zum Dagegenhalten gibt es keine Alternative. ●

### Martin Panholzer

ist Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit in der GPA-djp und seit Juni 2018 Chefredakteur der KOMPETENZ.

# Außer Spesen

**10 Jahre nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers und dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise sind Politik und Wirtschaft wieder zur Tagesordnung übergegangen. Von den Lehren aus der Krise möchte kaum noch jemand etwas hören.**



**nichts gewesen?**



Allein in Österreich mussten 14,1 Milliarden Euro für die Rettung der Banken aufgewendet werden. In den folgenden Jahren flossen davon 4,1 Milliarden Euro durch die Bankenabgabe wieder an den Fiskus zurück.



**W**ir betreten eine neue Welt.“ So prophezeite der französische Ex-Präsident Nicolas Sarkozy im Jahr 2008 kurz nach dem Zusammenbruch des globalen Finanzsystems den Beginn einer neuen Ära. Die Ära der leeren Versprechungen. Für eine Weile kam kein Staatsoberhaupt umhin, sich öffentlich für eine Neustrukturierung der Finanzwelt auszusprechen. Allen voran Sarkozy, der verkündete, man müsse das ganze weltweite Finanz- und Währungssystem von Grund auf neu aufbauen und der Vorstellung, dass der Markt immer Recht hat, ein Ende setzen. Eine traumhafte Vorstellung damals und das sollte sie auch bleiben.

#### DER FALL VON LEHMAN BROTHERS

Zehn Jahre ist es nun her, dass der Konkurs der Investmentbank Lehman Brothers eine weltweite Kettenreaktion auslöste. Den ersten Dominostein stellte dabei das Platzen einer Spekulationsblase im Immobiliensektor in den USA dar, infolge dessen sich die Krise wie ein Lauffeuer in der globalen Finanzwelt ausbreitete. Zuvor waren Kredite immer risikoreicher vergeben, dann in neue Pakete verpackt und weitergehandelt worden. Nach einer starken Anhebung des Leitzinses gerieten mehr und mehr Personen in Zahlungsschwierigkeiten. Ein Schuldschein nach dem anderen erwies sich als wertloser als das

Papier auf dem er geschrieben wurde; eine Anleihe als 100-mal weniger wert, als sie es zu den wildesten Spekulationszeiten in den Köpfen der Anleger war, und die Sicherheiten als Fundament der Banken wirkten wie auf Treibsand gebaut.

Als das globale Ausmaß dieser Krise ersichtlich wurde, kamen im Rahmen der G20 die mächtigsten Staatsoberhäupter der Welt zusammen. Ihr Ziel war, dieses Lauffeuer in den Griff zu bekommen und ein neues Zeitalter der globalen ökonomischen Stabilität einzuleiten. Was übrig blieb, waren große Worte und kleine Taten. „Hochspekulative Hedgefonds sollen reguliert werden. Wir benötigen globale Kontrollgremien,



die der grenzüberschreitenden Verflechtung der Finanzindustrie Rechnung tragen“, so die Versprechungen in der Erklärung der G20.

In Österreich stellte man eine Betroffenheit durch das Platzen der Blase in den USA zuerst in Abrede, bevor dann eine Bank nach der anderen unter den Schutzschirm der staatlichen Beihilfe huschte. Insgesamt mussten in Österreich öffentliche Gelder in der Höhe von 14,1 Milliarden Euro für die Rettung der Banken aufgewendet werden. In den folgenden Jahren flossen 4,1 Milliarden Euro durch die Stabilitätsabgabe (vulgo „Bankenabgabe“)

wieder an den Fiskus zurück. Die Stabilitätsabgabe wurde im Jahr 2016 quasi abgeschafft, bevor die vollständige Summe wieder zurückbezahlt war, trotz Millionengewinnen bei Banken und hohen Boni-Auszahlungen. Als Konsequenz stieg die Staatsverschuldungsquote stark an, die Arbeitslosigkeit schoss in die Höhe und zurück blieb eine insgesamt ärmere Gesellschaft.

#### **DIE REAKTIONEN IN DER EU**

In der EU wurde als Antwort auf die Krise die Bankenunion geschaffen, in welcher die Aufsicht über systemrelevante Banken bei der Europäischen Zentralbank (EZB) konzentriert wurde. Neben einer Harmonisierung der Einlagensicherung trat außerdem eine Abwicklungsrichtlinie in Kraft, welche eine Intervention bei einer krisenbetroffenen Bank ermöglichte und außerdem

weitert. Durch den verbesserten Risikopuffer sollten systemische Risiken reduziert werden.

#### **REICHE RETTEN**

Doch diese Maßnahmen sollten sich als Tropfen auf dem heißen Stein herausstellen. Die Aufsicht über systemrelevante Banken hat sich schlicht von einer nationalen auf eine internationale Ebene verschoben, wobei die nationalen Aufseher nun auf europäischer Ebene stark für ihre nationalen Banken lobbyieren. Und das Versprechen, nie wieder eine Bank mit Steuergeld zu retten, sollte sich ebenso als falsch erweisen. Als die italienische Bank Monte dei Paschi di Siena im Jahr 2016 nach der neuen Abwicklungsrichtlinie behandelt und die Gläubiger an den Kosten beteiligt werden sollten, setzten sich die italienische Aufsicht und die Regierung dafür ein, die

Bank doch mit Steuergeld aufzufangen. Im Ausnahmefall ist nach diesem Bail-in-Programm zwar noch eine Kapitalhilfe aufgrund bestimmter Gründe möglich, keiner dieser Gründe lag aber offensichtlich vor.

Warum wurden also die Gläubiger vor einer Beteiligung bewahrt? Eine Untersuchung kam zu dem Schluss, dass die Gläubiger zu den Top 12 Prozent, also zu den reichsten der italienischen Haushalte zählten. „Warum Renzi lieber Reiche rettet“ titelte damals Maria Kader zu dem Fall im Mosaik-Blog. Das öffentlich erzeugte Medienbild über die Gläubiger

#### **G 20**

steht für Gruppe der 20 und ist ein seit 1999 bestehender informeller Zusammenschluss aus 19 Staaten und der Europäischen Union. Sie repräsentiert die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Die G20 dient vor allem als Forum für den Austausch über Probleme des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems.

#### **Hedgefonds**

sind Anlagefonds mit hochspekulativer Anlagestrategie. Sie spekulieren etwa auf Kursentwicklungen oder sogenannte Optionsscheine auf Aktien, die sie gar nicht besitzen. Typisch für Hedgefonds ist der geringe Kapitaleinsatz. Der Eigenkapitalanteil ist niedrig, spekuliert wird überwiegend auf Kredit.

**„HEDGEFONDS SOLLEN REGULIERT WERDEN. WIR BENÖTIGEN GLOBALE KONTROLLGREMIIEN, DIE DER VERFLECHTUNG DER FINANZINDUSTRIE RECHNUNG TRAGEN.“**

#### **ERKLÄRUNG DER G20**

eine Abwicklung einer insolventen Bank ohne die Verwendung von öffentlichen Geldern vorsah. Durch dieses Bail-in-Programm sollte in Zukunft keine Bank mehr mithilfe von Steuergeld gerettet werden. Darüber hinaus wurde das Regelwerk Basel II, welche die Qualität des Eigenkapitals der Banken heben sollte, er-

» der Bank stimmte also mit der Realität nicht ganz überein.

### VON DER FINANZKRISE ZUR STAATSSCHULDENKRISE

Auch das Bild der Finanzkrise hat sich in den 10 Jahren stark verändert. Gab es zu Beginn noch große Versprechungen einer völligen Umstrukturierung und einem Ende des Zeitalters der Spekulation, so traten Forderungen nach Regulierungen mit der Zeit immer mehr in den Hintergrund. Die finanzielle Last der Bankenrettung wurde von der Öffentlichkeit übernommen und diese musste nun einen Weg finden, damit umzugehen. Lag die österreichische Staatsverschuldung vor der Krise noch etwa bei 60 Prozent des Bruttoinlandprodukts, so kletterte diese auf über 80 Prozent im Jahr 2010. Die Macht der Finanzmärkte war ungebrochen und so mussten laut dem Diktat der Finanzmärkte Sparmaßnahmen der Staaten folgen, denn „ein Nachlassen bei den haushaltspolitischen Zielen würde umgehend Reaktionen an den Märkten auslösen“, so Mario Draghi, ehemaliger Vizepräsident von Goldman Sachs International und EZB-Chef seit 2011. Die Krise wurde von einer Bankenkrise zu einer Staatsschuldenkrise umgedeutet, die dem Fehlverhalten der Staaten und ihrer BürgerInnen geschuldet war. Stieg die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien aufgrund der Krise auf 50 Prozent, so war das angeblich die Schuld des großzügigen Sozialstaatsmodells. „Es gab mal eine Zeit, da sagte (der Ökonom) Paul Dornbusch,



Die Krise wurde erfolgreich von einer Finanz- und Bankenkrise in eine Staatsschuldenkrise umgedeutet: Schuld waren nicht mehr Spekulanten sondern ein zu großzügiger Sozialstaat.

Europäer sind so reich, dass sie es sich leisten können, jeden Einzelnen fürs Nichtstun zu bezahlen. Doch das ist vorbei“, so Draghi in einem Interview mit dem Wall Street Journal. Er beendete das Interview mit dem Zitat: „Die Krise hat gezeigt, dass das vielgepriesene europäische Sozialstaatsmodell ausgedient hat.“

Und so war die Erzählung der Staatsschuldenkrise komplett. Vergessen waren die leeren Versprechungen von Nicolas Sarkozy und den anderen G20-Mitgliedern. Die Schuld sei nicht bei einem entfesselten internationalen Finanzsystem zu finden, welches durch den Handel mit riskanten und gefährlichen Fi-

nanzprodukten Wirtschaft und Gesellschaft in den Abgrund zu reißen drohe. Stattdessen sei nun das Sozialstaatsmodell an allem Schuld. Es brauche keine Regulierungsmaßnahmen wie etwa die Finanztransaktionssteuer oder ein Verbot des Handels mit hochspekulativen Finanzprodukten. Dafür ging die Politik dazu über, Sozialleistungen zu kürzen, Arbeitsrechte aufzuweichen und öffentliches Eigentum zu verscherbeln.

### KÜRZUNGEN AUCH IN ÖSTERREICH

Die österreichische Debatte wird dabei von den Kosten für die Sozialversicherungen, für das



tigen ist ein erklärtes Ziel, denn ohne diese Absicherung sind die Menschen den Bedingungen der Konzerne ausgeliefert. Wie diese aussehen, kann man in den Textilfabriken in Bangladesh oder in den chinesischen Werken zur Herstellung von Handys sehen. Die ersten Ziele wurden dabei bereits getroffen: Kindergärten, Schulen, Fraueninitiativen, selbst

ten nämlich vor allem eines: eine Umverteilung von Kapital von unten nach oben. Die Kosten für den Erhalt dieses Systems wurden von der Allgemeinheit getragen und nun wird diese erneut zur Kassa gebeten, in der Form von Reduktionen der Leistungen im Sozial- und Pensionsbereich. Unabhängig davon, wie viel Widerstand oder von welcher Seite dieser kommt.

**„DIE KRISE HAT GEZEIGT, DASS DAS VIELGEPRIESENE EUROPÄISCHE SOZIALSTAATSMODELL AUSGE-DIENT HAT.“**

**MARIO DRAGHI, EZB-CHEF**

Pensionssystem und für die Versorgung von Geflüchteten dominiert. Die türkis-blaue Regierung ist gegen eine Mindestsicherung und Notstandshilfe in einem Ausmaß, das ein würdevolles Leben ermöglicht. Unabhängig davon, wie es zu dem Umstand der Arbeitslosigkeit kam. Denn ein Mensch ohne Arbeit ist gemäß ihrer neoliberalen Ideologie als würdeloser Mensch zu behandeln, der an seiner Situation selbst schuld ist. Und somit wird die Person privat ruiniert und steht gleichzeitig öffentlich am Pranger bis sie ein Arbeitsverhältnis eingeht, egal wie schlecht die Arbeitsbedingungen in diesem auch sein mögen. Soziale Absicherung zu besei-

Krisenpflegefamilien, die Kinder in Not bei sich aufnehmen, sie alle sind von Einschnitten betroffen. Der öffentliche Aufschrei hält sich dabei in Grenzen. Die Idee der Staatsschuldenkrise und der Kürzungspolitik als einzige Maßnahme ihrer Beseitigung hat sich so stark in den Köpfen der Menschen manifestiert, dass scheinbar gar keine andere Möglichkeit mehr bleibt, als in all diesen Bereichen Leistungen zu kürzen. Und so verwundert einen die große Zustimmung in der Bevölkerung für die jetzigen Maßnahmen auch nicht sonderlich. „Es kann sich ja niemand mehr was leisten“, ist dabei die gängige Meinung. Wobei dies tatsächlich für einen Großteil der Gesellschaft mehr und mehr der Fall ist. Die Finanzkrise und die darauffolgenden Jahre brach-

#### **UNREALISTISCHE VORHABEN**

So sprach Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker vor kurzem von einem Wunschdenken der Regierung bei dem von ihnen propagierten Sparpotenzial

von einer Milliarde bei den Sozialversicherungen. Sie sei „sehr skeptisch“ bei dieser Zahl, da der Verwaltungsaufwand in der gesamten Sozialversicherung gerade einmal 750 Millionen beträgt. Und so wird es wohl bei den angestrebten Kürzungen so kommen, wie es Wolfgang Schüssel 2008 im Parlament prophezeit hat: Nämlich dass für die Staatsschulden entweder künftige Generationen bezahlen werden oder die vielen kleinen Leute. Im Hinblick auf die jüngsten Einsparungen trifft beides zu, denn zukünftige Generationen werden nur schwer dieselben Leistungen wie in der Vergangenheit in Anspruch nehmen können, wenn diese Maßnahmen nicht endlich gestoppt werden können. ●

Michael Eigner



ÖGB SALZBURG

## Menschen sind wichtiger als Profite

Anlässlich des EU-Gipfels am 20. September 2018 in Salzburg hissten Salzburger GewerkschafterInnen Transparente auf der Festung Hohensalzburg, um die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union darauf aufmerksam zu machen, dass Menschen wichtiger sind als die Profite der Konzerne. ●

# Die Beschäftigten der Privatwirtschaft sind die VerliererInnen!



Jetzt ist er da, der Gesetzesentwurf zur Sozialversicherungsreform. Und eine tiefgehende Analyse macht sicher: Bei dieser Reform haben die Beschäftigten der Privatwirtschaft, die Versicherten der Gebietskrankenkassen, nichts Gutes zu erwarten. Im Gegenteil.

Ein Kommentar von Barbara Teiber

Trotz der Ansage, dass Einsparungen im System zu mehr Geld für Patienten und Patientinnen führen, entpuppt sich diese Reform schon auf den ersten Blick als großer Risikofaktor für unsere Gesundheit. Zur Finanzierung von Leistungen werden zukünftig Mittel fehlen, da eine überhasstete Megafusion von neun Betrieben in nur wenigen Monaten zuerst einmal viele Millionen zusätzlich an Fusionskosten verschlingen wird. Schon die Fusion der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Angestellten vor 15 Jahren führte zu einem Mehraufwand von 200 Millionen Euro.

Außerdem verpflichtet das Gesetz die Krankenversicherung, mehr Geld an Privatspitäler abzuführen und Kosten, die bisher von der Allgemeinen Unfallversicherung übernommen wurden, selbst zu tragen. Mit anderen Maßnahmen entgehen der neuen Krankenkasse bis 2023 über 600 Millionen Euro an Einnahmen. Alles Geld, das für die PatientInnenversorgung fehlen wird.

Wenn die Defizite in den Krankenkassen explodieren werden, gibt es dann darauf nur folgende Antwort: Leistungskürzungen und/oder allgemeine Selbstbehalte. Die Einführung von Selbstbehalten hat die Wirtschaftskammer voriges Jahr schon vorsorglich in einem ihrer Reformpapiere vorgeschlagen. Wie passend, dass ab nächstem Jahr dann nicht mehr ArbeitnehmervertreterInnen, sondern die Vertreter der Wirtschaft das Sagen in der Sozialversicherung der unselbstständig Beschäftigten haben werden und diese ihre Vorschläge dann gleich selbst umsetzen können.

## „DIE ZWEI-KLASSEN-MEDIZIN WIRD JETZT NICHT NUR FORTGESETZT, SONDERN NOCH VERSCHLIMMERT.“

Als eines der wichtigsten Ziele in der Gesundheitspolitik galt bisher, Leistungen für alle Versicherten zu harmonisieren, möglichst auf hohem Niveau. Positive Schritte wurden hierbei in den vergangenen Monaten und Jahren gesetzt. Diesem Vorhaben ist nun durch die Pläne der Regierung ebenso ein Ende gesetzt. Die Zwei-Klassen-Medizin wird jetzt nicht nur fortgesetzt, sondern noch verschlimmert. Durch die Zusammenführung in drei verschiedene Krankenkassen – Selbstständige und Bauern sowie Beamte, Eisenbahn und Bergbau sowie den ganzen Rest – soll eine Drei-Klassen-Medizin für alle Zukunft einzementiert werden. Alle Bevölkerungsgruppen,

die keine oder nur kleine Finanzierungsbeiträge leisten können, sind in der neuen Österreichischen Gebietskrankenkasse (ÖGKK) versichert. Da kein Risikenausgleich vorgesehen ist, gilt zukünftig noch mehr: Hier wird es die geringsten Leistungen geben.

Es ist absehbar, dass die Reform, wenn sie so durchgezogen wird, zu einem Boom bei privaten Krankenversicherungen führen wird, bei jenen die es sich irgendwie leisten können. Die Allgemeinheit bleibt auf der Strecke. Daher werden wir als Gewerkschaften nicht aufhören, die geplante „Reform“ anzuprangern und uns für ein solidarisches Gesundheitssystem einzusetzen. Unser Aufbegehren gegen die Zerschlagung der AUVA, unser Protest mit der Zivilgesellschaft hat bewiesen, dass wir erfolgreich sein können. Sind wir gemeinsam laut, wenn unser gutes Gesundheitssystem auf dem Spiel steht!

Barbara Teiber ist geschäftsführende Vorsitzende der GPA-djp und Vizepräsidentin der Wiener Arbeiterkammer. Vor ihrer Wahl zur Vorsitzenden der GPA-djp war sie zehn Jahre lang Geschäftsführerin der GPA-djp Wien.

Mehr zur Reform der Sozialversicherung:

siehe Faktencheck, S. 24



## „Der Wunsch nach mehr Freizeit wächst“

Roland Schneider war langjähriger Mitarbeiter des Trade Union Advisory Committee bei der OECD in Paris und hat im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung eine Studie zu innovativer Arbeitszeitpolitik im Dienstleistungssektor erstellt. Wir haben ihn zu Arbeitszeitpolitik im europäischen Vergleich interviewt.

**KOMPETENZ:** Wie hat sich die Arbeitszeitpolitik in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt. Kann man große Trends und Richtungen ablesen?

**Roland Schneider:** Wenn wir von Trends in der Arbeitszeitpolitik sprechen, dann sollten wir zunächst den Blick auf die Periode von 1984 bis 1998 richten. Das war die Periode, in der Gewerkschaften und in Frankreich auch staatliche Politik massiv auf Arbeitszeitverkürzung gesetzt haben. Die Zeit danach sieht auf den ersten Blick wie eine Zeit des arbeitszeitpolitischen Stillstandes aus. Wenn man aber genauer hinsieht, gab es keinen Stillstand. In der Zeit nach den massiven Arbeitszeitverkürzungen ging es darum, die Arbeitszeitregelungen der Kollektivverträge im Betrieb und in den Verwaltungen umzusetzen. Dabei

waren viele Probleme zu bearbeiten. Zum Beispiel, dass die Leistungsverdichtung nicht zunimmt und die Arbeitszeitverkürzung auch in mehr Beschäftigung umgelegt wird.

Jetzt, im 21. Jahrhundert, geht es weniger um durchgängige Arbeitszeitverkürzung für alle, sondern es geht um viel differenziertere Arbeitszeitregelungen und arbeitszeitpolitische Strategien, die dem Wandel der Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten Rechnung tragen.

**Wie sehen die großen Herausforderungen im Hinblick auf den Wandel der Arbeitsverhältnisse und der Arbeitszeitstrukturen aus?**

Zum einen geht es darum, dass Gewerkschaften und Beschäftigte Position beziehen gegen Versuche, das Rad der Arbeitszeitentwicklung zurückzudrehen und die Arbeitszeit wieder zu verlängern. Zum zweiten geht es darum sicherzustellen, dass flexible Arbeitszeiten auch wirklich zugunsten der Beschäftigten genutzt werden können. ArbeitnehmerInnen brauchen mehr und bessere Möglichkeiten, um eine eigene verantwortungsvolle Arbeitszeitgestaltung vorzunehmen.

**In Österreich hat die Bundesregierung mit 1. September mit dem 12-Stunden-Tag bzw. der 60-Stunden-Woche eine Arbeitszeitverlängerung vorgenommen. Sind solche Entwicklungen auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten?**

Wenn man sich in Europa umschaute und umhört, dann muss man feststellen, dass die österreichischen Arbeitgeber offensichtlich viele Freunde in anderen Ländern haben. Es gibt überall Stimmen aus der Wirtschaft und dem Lager der Konservativen, die eine Aufweichung der europäischen Arbeitszeitrichtlinie und somit längere Arbeitszeiten fordern. Aber Regierungen und auch Unternehmensleitungen sind gut beraten, wenn sie diesen Forderungen nicht nachgeben. Es gibt klare empirische Hinweise darauf, dass lange Arbeitszeiten und hohe Produktivität, lange Arbeitszeiten und Wettbewerbsfähigkeit, lange Arbeitszeiten und motivierte und engagierte Belegschaften nicht kompatibel sind. Deshalb, so denke ich, ist das letzte Wort über eine Arbeitszeitverlängerung in Österreich und in anderen Ländern noch nicht gesprochen. Auf dem Papier haben die Unternehmen jetzt zwar die Möglichkeit, die Arbeitszeit zu verlängern. Aber ökonomisch und arbeitsmarktpolitisch halte ich das nicht für einen klugen, strategisch sinnvollen Schritt.

**Wie sind die Rahmenbedingungen zu Arbeitszeitregulierungen im europäischen Vergleich? Sie haben schon die europäische Arbeitszeitrichtlinie angesprochen. Was wird hier geregelt, und wie sieht die Situation in den verschiedenen europäischen Mitgliedsstaaten aus?**

Die europäische Arbeitszeitrichtlinie ist ein wichtiger institutioneller Bestimmungsfaktor der Arbeitszeitpolitik. Alle EU-Mitgliedsstaaten sind angehalten, ihre Arbeitszeitgesetze mit der Richtlinie in Ein-

klang zu bringen. Diese sieht unter anderem vor, dass die wöchentliche Arbeitszeit nicht länger als 48 Stunden sein soll. Da gibt es einen definierten Ausgleichszeitraum. Es gibt ferner die Vorschriften einer mindestens elfstündigen Ruhepause täglich und einer mindestens 24-stündigen ununterbrochenen Pause am Wochenende. Die meisten Länder haben das umgesetzt. In vielen Ländern ist es den Gewerkschaften auch gelungen, kollektivvertraglich für die ArbeitnehmerInnen weitaus bessere Arbeitszeitregelungen durchzusetzen. Eine wichtige Schrittmacherrolle spielt die tarifliche Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften gegenwärtig jedoch nur in elf der 28 EU-Mitgliedsländer. Der Grund dafür ist, dass in acht Ländern die Arbeitszeit maßgeblich durch Arbeitszeitgesetze bestimmt wird. In diesen Ländern haben die Gewerkschaften wenig Möglichkeiten, über Arbeitszeitdauer und Arbeitszeitsituation zu verhandeln.

Dann gibt es eine Gruppe von Ländern, dazu gehört Frankreich, in denen gesetzliche Arbeitszeitbestimmungen durch Kollektivverträge zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern zugunsten der ArbeitnehmerInnen verbessert werden können. Schließlich gibt es die erwähnte Gruppe der elf Länder, zu denen Österreich und auch Deutschland gehören,

in denen die Arbeitszeit vorrangig durch die Bestimmungen der Kollektivverträge geregelt wird. In diesen Ländern werden die Bestimmungen zur Dauer, Lage und Organisation der Arbeitszeit meist auf Branchenebene, seltener auf Unternehmensebene, ausgehandelt. Im Zusammenhang mit der Verkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeit gibt es in vielen Ländern interessante Entwicklungen. Viele Tarifverträge, die ich mir in meiner Studie angesehen habe, unterstreichen, dass Arbeitszeitflexibilisierung positiv für beide Seiten sein kann. Aber das setzt voraus, dass durch Kollektivverträge und Betriebsvereinbarungen Arbeitszeitoptionen, d. h. klare Gestaltungsspielräume, Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten für die Beschäftigten, geschaffen werden.

**In Österreich gibt es vor allem bei Frauen eine sehr hohe Teilzeitquote und ein hoher Anteil von Frauen kehrt nach einer Elternkarenz nicht mehr voll ins Berufsleben zurück. Ist dieser Unterschied bei der Arbeitszeitverteilung zwischen den Geschlechtern in ganz Europa zu finden?**

Es gibt einen großen Unterschied in der Dauer der Arbeitszeit zwischen den Geschlechtern. Der Gender ▶▶



- ▶▶ Time Gap, die Kluft zwischen den tatsächlichen Arbeitszeiten von Männern und Frauen, ist aber in den skandinavischen Ländern weitaus geringer als in Westeuropa und Südeuropa. Das hat damit zu tun, dass die Sozialstaatsinstitutionen in den nordischen Ländern besser ausgebaut sind, und dass die Arbeitsmarktpolitik dort auch bessere Bedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen geschaffen hat. In Österreich und in Deutschland ist die Arbeitszeitlücke zwischen den Geschlechtern weitaus ausgeprägter. Das hat damit zu tun, dass in Deutschland und vermutlich in Österreich auch, Kinderbetreuungsmöglichkeiten fehlen. Die Daten zeigen, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen der Arbeitszeitdauer von Frauen und dem Alter der Kinder im Haushalt. Bei jüngeren Kindern, bei Kindern die schulpflichtig sind, sind die Arbeitszeiten eher kurz und die Teilzeitquote relativ hoch. Aber auf der anderen Seite muss man auch sehen, dass die Arbeitszeitlücke zwischen den Geschlechtern existiert, weil unbezahlte Arbeit in der Familie noch immer sehr ungleich verteilt ist.

ZUR PERSON

**Roland Schneider**, geboren 1950, arbeitet als Berater für Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen. Er studierte Politik- und Wirtschaftswissenschaften und arbeitete unter anderem am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerkschaftsbunds, beim Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds und zuletzt als Senior Policy Advisor beim Trade Union Advisory Committee (TUAC) bei der OECD in Paris.

**Wie kann eine Flexibilisierung aussehen, die den Interessen der Beschäftigten besser gerecht wird?**

Die Beschäftigten wollen – unabhängig von ihrer Qualifikation – eine gewisse Verlässlichkeit, eine gewisse Regelmäßigkeit und Planbarkeit in ihren Arbeitszeitstrukturen haben. Das wird durch Arbeitszeitoptionen und Wahlmöglichkeiten möglich; deshalb ist dieser Gedanke von einer Reihe von Gewerkschaften aufgegriffen worden. In Deutschland hat zum Beispiel die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in einem aktuellen Tarifvertrag mit der Post eine sogenannte Ent-

lastungszeit vereinbart. Im Wesentlichen geht es dabei, wie auch bei der Freizeitoption im Kollektivvertrag in der Elektro- und Elektronikindustrie in Österreich, darum, den Beschäftigten mehr Wahlmöglichkeiten zu eröffnen. Diese sollen wählen können zwischen zusätzlichem Einkommen oder kürzeren Arbeitszeiten und verlängerter Freizeit. Was ich beobachte ist, dass der Wunsch nach mehr Freizeit ungebrochen ist und vielleicht sogar zunimmt und wächst.

**Was würden Sie als besonders erfolgreiches Projekt im Bereich der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik in den vergangenen Jahren sehen?**

Das ist angesichts der arbeitszeitpolitischen Vielfalt in den Betrieben und Verwaltungen eine schwierige Frage. Ich denke, ein besonderer Erfolg in der jüngeren Vergangenheit liegt darin, dass die Vorherrschaft über die Gestaltung, über die Lage und über die Dauer der Arbeitszeit längst nicht mehr den Unternehmen überlassen bleibt. Auch die zunehmende Vereinbarung von Arbeitszeitoptionen mit der Möglichkeit kürzerer Arbeitszeiten ist ein Erfolgsbeispiel. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass in der Arbeitszeitpolitik sehr gegensätzliche Interessen ins Spiel kommen. Dennoch gibt es durchaus Möglichkeiten eines fairen Interessenausgleiches. Wichtig für die Gewerkschaften ist es, dass sie in der Lage sind zu zeigen, dass ihre Politiken und ihre Forderungen von den Beschäftigten getragen werden. In diesem Zusammenhang hat sich bei meiner Untersuchung gezeigt, dass die Befragung von Beschäftigten ein wichtiges Instrument der Mobilisierung und der Organisation von Kampagnen zugunsten arbeitnehmerfreundlicher Arbeitszeitpolitik ist.

Das Interview führte Sandra Breiteneder

## Arbeitszeit und Gesundheit

# 81%

der Beschäftigten erwarten, dass längere Arbeitszeiten zu Gesundheitsschäden führen.

**76 %** rechnen mit höherer Fehleranfälligkeit.

**71 %** rechnen mit einer erhöhten Gefahr von Arbeitsunfällen.

# 3-mal so hoch

ist das Schlaganfallrisiko für ArbeitnehmerInnen, die regelmäßig mehr als 55 Stunden pro Woche arbeiten, im Vergleich zu jenen, die zwischen 35 und 40 Stunden pro Woche arbeiten. Auch das Risiko für Herzerkrankungen steigt mit zunehmender Stundenanzahl.

# 3 freie

Tage werden benötigt, um sich von 2 aufeinander folgenden 12-Stunden-Tagen zu erholen.

# 40

Prozent höher ist das Unfallrisiko bei einem 12-Stunden-Tag gegenüber einem 8-Stunden-Tag.

## Nach 8 Stunden

steigt schon das Unfallrisiko exponentiell an.

## Nach 10 Stunden

spätestens tritt bei jedem Menschen ein Leistungsknick auf.



## Gekürzt ist nicht gespart

Vor den von der Bundesregierung geplanten Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik warnen Betroffene und Gewerkschaft.

**P**eter P. (Name der Redaktion bekannt) ist Mitte 50, Lkw-Fahrer und seit einigen Jahren immer wieder monatelang arbeitslos. Sprachkurs, Computerkurs, Bewerbungstraining – das alles hat er längst hinter sich. Manchmal gibt es für ihn kurzfristige Gelegenheitsjobs von Leiharbeitsfirmen. Die Branche liegt offensichtlich am Boden. Fahrer aus den Nachbarländern sind bereit, zu einem Bruchteil vom österreichischen Stundenlohn die Aufträge für Firmen in Österreich zu erledigen. Diese zahlen dann aus österreichischer Sicht Dumping-Löhne. Denn einen EU-weiten Mindestlohn gibt es noch nicht. Diesen endlich durchzusetzen, dafür macht sich gerade das Europäische Parlament stark.

### KÜRZUNGEN BEIM AMS

Es ist nur eines der zahlreichen Probleme, mit denen Beschäftigungssuchende in Österreich zu kämpfen zu haben – und letztlich das Arbeitsmarktservice (AMS),

das ArbeitnehmerInnen gegen Arbeitslosigkeit versichert. Doch das AMS seinerseits muss mit Kürzungen fertig werden. Zwar gibt es derzeit dreimal so viele langzeitbeschäftigungslose Menschen wie vor zehn Jahren. Aber die Bundesregierung argumentiert mit der guten Wirtschaftslage. Zuletzt war im Raum gestanden, dass die Regierung die Arbeitsmarktrücklage nicht auflöst; das hätte um ein Viertel weniger Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik für 2019 bedeutet. Davon hat man nach massiver Kritik von ArbeitsmarktexpertInnen und Gewerkschaften Abstand genommen. Trotzdem steht dem AMS künftig weniger Geld zur Verfügung.

Während für 2018 noch Mittel von 1,406 Milliarden Euro budgetiert wurden, sollen im nächsten Jahr 1,221 Milliarden ausreichen. Nach dem beschlossenen Bundesfinanzrahmen 2018–2022 sollen ab dem Jahr 2020 dem AMS nur noch 1,197 Milliarden

zur Verfügung stehen. Von den in den vorigen Jahren zusätzlich geschaffenen 700 Planstellen sollen 200 wieder abgebaut werden.

### ARBEITSSTIFTUNG FÜR TRAINERINNEN

Weniger Geld für das AMS bedeutet nicht nur weniger Budget für die Vermittlung von Arbeitslosen, sondern auch weniger Aufträge, also weniger Jobs in der Erwachsenenbildung: Tausende TrainerInnen könnten ihren Job verlieren, befürchten die Betroffenen sowie die zuständige Gewerkschaft GPA-djp. Schlimmstenfalls sei mit bis zu 6.000 arbeitslosen TrainerInnen zu rechnen. Einen Teil davon soll eine Arbeitsstiftung abfedern, die die Gewerkschaft gerade aufzubauen versucht, kündigte GPA-djp-Geschäftsführer Karl Dürtscher an. Dort könnten mit Jahresende die ersten Umschulungen beginnen – „arbeitsnahe Qualifizierungen“ für Personal, das schon bisher in der Lebens-



Hunderte Menschen demonstrierten am 14. September 2018 vor dem Sozialministerium gegen die Kürzungen im Budget des Arbeitsmarktservice.

und Sozialberatung oder Erwachsenenbildung relativ hoch qualifiziert war. Dürtscher ist es ein Dorn im Auge, wie hier „Know-how verloren geht“. Ein weiterer Kritikpunkt: „Einerseits moniert die ÖVP/FPÖ-Koalition den Fachkräftemangel, andererseits müsste mehr Geld in die Hand genommen werden, um den Fachkräftemangel zu beheben.“ Es sei perfide, wenn die Regierung Deutsch als Schlüssel zum Arbeitsmarkt und zur Mindestsicherung fordert und gleichzeitig die Mittel für Deutsch-Kurse kürze. „Während Wirtschaft und Regierung regelmäßig den Wunsch äußern, dass Menschen länger arbeiten, werden die Mittel für Arbeitsmarktpolitik gekürzt.“

Und Dürtscher warnt: „Kurzfristigen Erfolgen zur Entlastung der Wirtschaft im Bereich der Steuern und Abgaben stehen massive Belastungen durch vergebene Chancen für Menschen und der Verlust von ausgebildeten Arbeit-

nehmerInnen für die Wirtschaft in der Zukunft gegenüber.“

Im August 2018 gab es österreichweit 344.651 arbeitslose Personen und SchulungsteilnehmerInnen. Ziel der Bundesregierung ist es, die Zahl in den nächsten Jahren um 100.000 zu senken.

**„WÄHREND WIRTSCHAFT UND REGIERUNG REGELMÄSSIG DEN WUNSCH ÄUSSERN, DASS MENSCHEN LÄNGER ARBEITEN, WERDEN DIE MITTEL FÜR ARBEITSMARKTPOLITIK GEKÜRZT.“**

**KARL DÜRTSCHER**

Es gebe derzeit mit rund 30.000 Arbeitslosen unter 25 Jahren zu viele junge Menschen in der Arbeitslosigkeit. Außerdem sieht die Regierung zu viele Lehrlinge in der überbetrieblichen Lehre, nur wenige wechselten in Betriebe. Deshalb soll die Förderung in diesem Bereich von 163 auf 148 Millionen Euro geschrumpft werden. Das käme einem Verlust von

2.000 Lehrstellenplätzen gleich, so die Gewerkschaft. Dürtscher plädiert dafür, dass gerade diese Plätze in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen (ÜBA) einen guten „Return on Investment“ haben und hier nicht gekürzt wird. Damit wäre der Wirtschaft und den Betroffenen geholfen.

#### **„ARBEITSLOSENGELD NEU“**

Zur Disposition steht außerdem das letzte finanzielle Auffangbecken für Erwerbslose, die Notstandshilfe. Diese will die Regierung durch ein (gekürztes) „Arbeitslosengeld neu“ ersetzen. Ihre Devise: Kürzung als Anreiz. Durch die Abschaffung der Notstandshilfe fallen Betroffene jedoch aus dem Versicherungsprinzip heraus und in das Fürsorgeprinzip hinein, sprich: Sie werden in die von Ländern und Gemeinden getragene Mindestsicherung gedrängt. Die Pläne sind dem umstrittenen Hartz-IV-Modell in Deutschland sehr ähnlich: Die Geldleistung ist einheitlich niedrig – was viele deutsche Unternehmen bisher ausnützten, indem sie „Aufstocker“ geringer bezahlen; auch auf das Eigentum wird zugegriffen.

„Das lässt den Betroffenen noch weniger Luft zum Atmen“, formuliert es Betriebswirtin und Arbeitsmarktpertin Judith Pühringer. „Die scheinbar Leistungsbereiten werden belohnt, die scheinbar ‚unwillig‘ Arbeitslosen werden härter sanktioniert. Dabei gelingt es auf beängstigende Weise, benachteiligten Menschen selbst die Schuld für das strukturelle Versagen des Arbeitsmarktes in die Schuhe zu schieben.“ ●

Heike Hausensteiner

## UNTERSCHRIFTENAKTION

### Jetzt unterschreiben – der Jugendvertrauensrat muss bleiben!

**GPA-djp-Jugend.** Die Bundesregierung hat in ihrem Regierungsabkommen festgehalten, den Jugendvertrauensrat ersatzlos abschaffen zu wollen. Dieses Vorhaben muss gestoppt werden. Junge ArbeitnehmerInnen und im speziellen Lehrlinge haben ein Recht auf demokratisch gewählte VertreterInnen. Die Abschaffung des Jugendvertrauensrats-Gesetzes ist sinnlos, denn deswegen ist es nicht verboten, Jugendvertrauensrat zu werden oder einen zu gründen, sondern es wird nur öf-

ter vor Gericht landen als sonst. Im Detail achtet der Jugendvertrauensrat auf die Einhaltung der Qualität im Ausbildungsbetrieb und tritt als Vermittler zwischen jungen Menschen und ihren ArbeitgeberInnen auf. In Betrieben mit Jugendvertrauensrat schaffen Lehrlinge überdurchschnittlich oft die Lehrabschlussprüfung und sind mit ihrer Ausbildung insgesamt viel zufriedener. ●

Petition unterzeichnen:  
[www.oegj.at](http://www.oegj.at)

Protestaktion der Gewerkschaften im August 2018 gegen das „Plattwalzen“ der ArbeitnehmerInnenrechte durch die Regierung.



## REGIERUNG

### Job-Gipfel ohne konkrete Ergebnisse

**Türkis-blau.** Der Arbeitsmarktgipfel der Bundesregierung brachte keine konkreten Ergebnisse. Die Regierung hat zwar Ideen, ist aber nicht bereit, auch zusätzliches Geld in aktive Arbeitsmarktpolitik und Ausbildung von Fachkräften zu investieren. Die 170 Millionen Euro aus der Arbeitsmarktrücklage, die von der Regierung nach lauten Protesten der Gewerkschaftsbewegung doch noch freigegeben wurden, sind viel zu wenig. Zur Erinnerung: In der Arbeitsmarktrücklage liegen weitere 230 Millionen Euro bereit, mit denen man zum Beispiel die Aktion 20.000 wiederbeleben könnte. Folge der AMS-Budgetkürzungen wird sein, dass bei Programmen wie der Fachkräfteintensivausbildung gekürzt wird. ●

## PRESSEFREIHEIT

### Gefährliche Grenzüberschreitung

**Innenministerium.** „Die öffentlich gewordene Anweisung des Innenministers an Polizeidienststellen, als kritisch eingestufte Medien von Information abzuschneiden, und der Auftrag, über bestimmte Delikte, die in ein politisches Konzept passen, besonders ausführlich zu berichten, ist eine gefährliche Grenzüberschreitung, die einen Aufschrei der demokratischen Öffentlichkeit zur Folge haben muss“, so die geschäftsführende Vorsitzende der GPA-djp Barbara Teiber. „Der Innenminister sollte sich vergewärtigen, dass er und seine

Dienststellen von Steuergeldern finanziert werden und es deshalb auch ihre Pflicht ist, die Öffentlichkeit umfassend und objektiv zu informieren. Alles andere ist ein Abgleiten in eine Informationspolitik, die wir aus Diktaturen und autoritären Regimen kennen.“ Die Journalistengewerkschaft in der GPA-djp fordert daher Politiker aller Parteien auf, umgehend Stellung gegen diesen Angriff auf die Pressefreiheit zu beziehen. ●



Foto oben: Thomas Reimer, Foto unten: Michael Mazohl

## BROSCHÜRE

### Irgendwie – irgendwo – irgendwann: Zur Gestaltung mobiler Arbeit

**Anywhere working.** Welche Möglichkeiten bieten sich durch „anywhere working“ in Form von Homeoffice, remote work und Co.? Wo liegen die Chancen, wo die Risiken? Und wer zieht den Nutzen aus der gewonnenen Flexibilität? Die Broschüre liefert eine begriffliche und arbeitsrechtliche

Einordnung, setzt sich mit den Argumenten, die für die konkrete Gestaltung im Betrieb eine Rolle spielen, auseinander und unterstützt BetriebsrätInnen mit praktischen Gestaltungsvorschlägen.

Download: [gpa-djp.at/anywhere](http://gpa-djp.at/anywhere)



Delegierte bei der europäischen Arbeitszeitkonferenz im September 2018.

## ARBEITSZEIT

### Europäische Gewerkschaften richten Protestnote an Sebastian Kurz

**UNI Europa.** Der Dachverband der europäischen Dienstleistungsgewerkschaften, UNI Europa, und seine Mitgliedsgewerkschaften unterzeichneten im Rahmen der europäischen Arbeitszeitkonferenz in Wien eine Protestnote an Bundeskanzler Sebastian Kurz in seiner Funktion als Repräsentant des österreichischen EU-Ratsvorsitzes. Darin bringen sie ihre Sorge über die aktuellen Entwicklungen in Österreich zum Ausdruck. Österreich sei über Jahrzehnte ein wichtiger Träger sozialen Fortschritts,

breiter Absicherung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie einer überbetrieblichen Sozialpartnerschaft gewesen. „Umso bestürzter sind wir nun zu sehen, dass Ihre Regierung mit diesen Werten bricht“, heißt es in der Protestnote. „Mit der Einführung des 12-Stunden-Tages und der 60-Stunden-Woche haben Sie einen extremen Bruch mit dem Prinzip der Sozialpartnerschaft begangen. Es ist der österreichischen demokratischen Tradition nicht würdig, ein Gesetz mit die-

ser Tragweite ohne Begutachtung und Einbeziehung der Sozialpartner durchzupeitschen und das Inkrafttreten sogar noch um vier Monate nach vorne zu verschieben. Sie verschlechtern damit die Lebensqualität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich massiv und stellen Familien und Alleinerziehende vor unlösbare Probleme. (...) Wir stehen voller Überzeugung hinter den österreichischen Gewerkschaften und werden sie in ihren Protestmaßnahmen unterstützen.“



## „Wir werden darüber reden, wie gut das Gesundheitssystem war“

Der Vorsitzende des Zentralbetriebsrates der AUVA, Erik Lenz, hat schon als Jugendlicher gelernt, was Zusammenhalt bedeutet.

**E**rik Lenz hat schon in Kindheitstagen erfahren, wie gelebte Solidarität funktioniert. Geboren in der Südsteiermark, übersiedelte der heute 50-Jährige im Alter von neun Jahren nach Hallstatt. In dem verwinkelten Ort waren nicht alle Häuser mit dem Auto erreichbar. Gab es schwere Lasten zu tragen, half die Ortsgemeinschaft zusammen.

Diesen Zusammenhalt wünscht sich Lenz auch für unser Gesundheitssystem. Für jene, die Hilfe benötigen, spiele es keine Rolle, aus welchem Geldtopf die Mittel stammen. Das Argument, dass die AUVA, die ausschließlich aus Dienstgeberbeiträgen gespeist wird, über die Behandlung

von Freizeitunfällen die Krankenversicherung subventioniert, lässt Lenz nicht gelten: „Viele orthopädische Leiden oder Krebserkrankungen sind unmittelbare Folgen einer beruflichen Belastung. Für die Behandlung dieser arbeitsbedingten Erkrankungen trägt die Krankenversicherung die Kosten, weil die AUVA über einen Großteil dieser Krankheiten gar nicht informiert wird. Ein Teil davon wären aber Berufskrankheiten, die an die AUVA zu melden wären und für die es Leistungen der Unfallversicherung geben würde. Sehr häufig kommt das bei beruflich verursachten Krebserkrankungen vor.“ Für die Arbeitgeber sei das eine Okkasion.

### EINSPARUNGEN BEI DER AUVA

In der aktuellen Diskussion um Einsparungen innerhalb der AUVA vermisst Lenz, der 2007 das Studium des Wirtschaftsingenieurwesens mit dem Schwerpunkt Unternehmensführung abgeschlossen hat, das gesamtwirtschaftliche Denken: „Die Regierung interessiert sich nur für kurzfristige betriebswirtschaftliche Effekte, volkswirtschaftliche Zusammenhänge werden völlig außer Acht gelassen. Man ist nicht an Einsparungen interessiert, sondern einzig an der Reduktion der Einzahlungen.“ Bei einem Gespräch mit der Gesundheitsministerin haben die BetriebsrätInnen daher ein Kon-

zept vorgelegt, das einen jährlichen Nutzen von drei Milliarden Euro bringen würde, wenn man den Beitragssatz der AUVA bei 1,3 Prozent belassen und das Geld in die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten stecken würde. Das wären wesentlich höhere Einsparungen, als die aktuell diskutierte Beitragskürzung in Höhe von 500 Millionen Euro, die nur dem Gesundheitssystem entzogen werden sollen.

### **UNTERNEHMENSBERATER FÜR ARBEITSPLATZSICHERHEIT**

Lenz weiß wovon er spricht, hat er sich doch zu Beginn seiner beruflichen Laufbahn intensiv mit dem Thema Unfallverhütung auseinandergesetzt. Nach der HTL für Holztechnik und Innenausbau und einem kurzen Intermezzo als Musiker (Saxophon und Klarinette) in Salzburg, verbrachte er knappe sieben Jahre in verschiedenen Betrieben der Holzindustrie – vom Techniker bis zum Bauleiter. 1996 heuerte er in der AUVA an und war im Außendienst für die Unfallverhütung in den Holzverarbeitenden Betrieben und in der Forstwirtschaft zuständig. Den langfristigen Nutzen von Prävention zu erklären, war sein Geschäft: „Ich war eine Art Unternehmensberater für Arbeitssicherheit“.

Der scharfe Blick für die Kernprobleme kommt dem verheirateten Naturliebhaber, der trotz umfassender beruflicher Verpflichtungen in Wien wann immer es geht ins ländliche Zuhause im oberösterreichischen Lambach pendelt, auch heute zugute. In der aktuellen Krise ist Lenz fokussiert: „Zu Jahresbeginn, als die Einsparungspläne durchgesickert sind, haben wir informiert, mobilisiert und kampagnisiert.“ Nach gewaltiger Mobilisierung

und spürbarem Aufwind innerhalb der Belegschaft geht es nun zurück zum Tagesgeschäft. „Wir müssen schauen, welche Auswirkungen die geplanten Gesetzesänderungen auf die Arbeitsverträge der KollegInnen haben“, präzisiert Lenz.

2010 wurde Lenz Betriebsratsvorsitzender in der AUVA Landesstelle in Linz. Er betreute rund 160 Beschäftigte und übte parallel dazu seinen Job in der Präventionsabteilung aus. Im Mai 2017 übernahm er den Vorsitz des Zentralbetriebsrates in der AUVA und ist damit zuständig für alle Dienststellen und Einrichtungen der Unfallversicherung. Diesen großen beruflichen Umbruch besprach er mit seiner Frau Susi, von Beruf Psychologin. „Veränderungen für das Familienleben waren zu erwarten. Wir haben uns ein Wochenende lang Zeit genommen, um Vor- und Nachteile zu diskutieren.“ Nun vertritt Lenz die Interessen von rund 6.000 Beschäftigten – medizinischem Personal, Verwaltungsangestellten und ArbeiterInnen in sieben Unfallkrankenhäusern, vier Rehabilitationszentren und fünf Verwaltungseinrichtungen der AUVA in ganz Österreich.

### **COACHING UND SUPERVISION**

Wichtig ist ihm, die KollegInnen im Betriebsrat gut und gesund durch die Unternehmenskrise zu bringen: „Wir haben ein Sicherheitsnetz aufgebaut, das entlastet. Im Falle, dass der Druck zu groß würde, sollten Vertretungsregelungen und die Möglichkeit von Coaching und Supervision zur Verfügung stehen.“ Die Arbeit im Team beschreibt Lenz als fruchtbar und

## **„WENN EINE VERSORGUNGSSTRUKTUR ZERSCHLAGEN WIRD, GEHT DAS KNOW-HOW VERLOREN.“**

**ERIK LENZ**

gewinnbringend, seinen KollegInnen bringt er sehr viel Wertschätzung entgegen: „Ich habe ein extrem gutes und motiviertes Team an BetriebsrätInnen, eine gute Mischung aus jungen KollegInnen und erfahrenen Persönlichkeiten.“

Aktuell fürchtet Lenz, dass das gut funktionierende Gesundheitssystem zerschlagen und profitable Teile an private Betreiber ausgelagert werden sollen: „Das Damoklesschwert der Privatisierung hängt über uns, gewinnbringende Teile sollen herausgelöst werden, die Versorgung für die Allgemeinheit wird zurückgefahren“, befürchtet Lenz. Die Gefahr sei, dass die Menschen Verschlechterungen immer erst spürten, wenn es zu spät sei. „Wenn eine Versorgungsstruktur zerschlagen wird, geht das Know-how verloren. Nach der vergangenen Beitragssenkung wurde die Verbrennungsstation im Unfallkrankenhaus Linz geschlossen, obwohl es einen Bedarf für die Verletzten gibt. Nun sind die Kompetenzen weg, die Erfahrung ist weg, das Fachpersonal ist weg“, veranschaulicht Lenz.

Kraft schöpft Lenz aus der Familie und der unberührten Natur: beim Fliegenfischen oder bei ausgedehnten Spaziergängen mit seinem jungen Golden Retriever. Jetzt hat er Angst um die Versorgungssicherheit: „Wir haben das beste Gesundheitssystem der Welt – in zwei Jahren werden wir darüber reden, wie gut es war.“ ●

Andrea Rogy

### **Zur Person:**

**Erik Lenz** wurde 1968 im oberösterreichischen Gmunden geboren. Ab 1996 arbeitete er im Außendienst der Abteilung für Unfallverhütung der AUVA in Linz. Ab 2010 war Lenz als Betriebsratsvorsitzender in der AUVA-Landesstelle in Linz tätig und übte parallel dazu seinen Job in der Präventionsabteilung aus. Seit Mai 2017 ist er als Vorsitzender des Zentralbetriebsrates in der Allgemeinen Unfallversicherung tätig. Lenz ist verheiratet und lebt abwechselnd in Wien und im oberösterreichischen Lambach.

# Gute Ergebnisse ohne lange Arbeitszeiten

Die Lohn- und Gehaltsverhandlungen in diesem Herbst stehen unter einem besonderen Vorzeichen. Während die Wirtschaft aufgrund der hohen Produktivität der ArbeitnehmerInnen boomt, verschlechterte die Regierung auf Bestellung der Industrie die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten – das hat Auswirkungen auf alle Verhandlungen.

**D**en Auftakt für die sogenannte Herbst-Lohn- und Gehaltsrunde macht wie jedes Jahr die Metallindustrie. Am 20. September 2018 wurde von der Produktionsgewerkschaft PRO-GE und der GPA-djp das Forderungsprogramm für die etwa 192.000 Beschäftigten übergeben. Die Gewerkschaften verweisen in ihrer Forderung nach einer Lohn- und Gehaltserhöhung um 5 Prozent bzw. einen Mindestbetrag von 100 Euro auf die aktuelle Hochkonjunktur. Insbesondere in der Metallindustrie sprudeln derzeit die Gewinne. Das Wirtschaftswachstum wird heuer laut Prognosen bei 3,2 Prozent liegen. Die Produktivität, das ist die Wertschöpfung pro Beschäftigtem, ist in der Metallindustrie sogar um 6 Prozent gestiegen. „Die Zahlen beweisen, dass wir in Österreich hoch motivierte und sehr produktive Beschäftigte haben, die diese Ergebnisse unter dem bisher gültigen Arbeitszeitgesetz

## Mehr zu den KV-Verhandlungen:

[gpa-djp.at/kollektivvertrag](http://gpa-djp.at/kollektivvertrag)  
[dubistgewerkschaft.at](http://dubistgewerkschaft.at)



Mehr als 900 BetriebsrätInnen aus allen Gewerkschaften haben sich am 18. September zur ersten österreichweiten Konferenz aller KollektivvertragsverhandlerInnen in Wien getroffen.

möglich gemacht haben. Die Verschlechterungen, welche die Bundesregierung handstreichartig und ohne Diskussion im Juni im Parlament beschlossen hat, verschlechtern die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten und stellen somit auch den bisherigen wirtschaftlichen Erfolgsweg in Frage“, erklärt der Chefverhandler der GPA-djp Karl Dürtscher.

## SCHIEFLAGE IM KOLLEKTIV-VERTRAG KORRIGIEREN

Weil das neue Arbeitszeitgesetz alle Branchen trifft, haben alle Gewerkschaften innerhalb des ÖGB erstmalig am 18. September 2018 eine KV-VerhandlerInnenkonferenz abgehalten, um einen Forderungskatalog zu erstellen, der auf die spezifischen Gegebenheiten in jeder Branche Bezug nimmt. „Genau das macht die Regierung nicht. Sie macht mit ihrem Gesetz keinen Unterschied und fährt über alle Bereiche drüber“, betonte der Präsident

des ÖGB Wolfgang Katzian im Rahmen der Konferenz. Die Ebene zur Gestaltung der Arbeitszeit müsse weiterhin der Kollektivvertrag und die Mitsprache des Betriebsrates sein. Deshalb fordert der ÖGB auch in jeder Branche gesonderte Verhandlungen zum Thema Arbeitszeit, um die negativen Wirkungen des Gesetzes abzufedern.

„Es geht uns nicht darum, die KV-Verhandlungen zu politisieren. Durch das Gesetz ist aber eine Schieflage für die Beschäftigten entstanden, die wir korrigieren wollen. Es geht um negative Auswirkungen, es geht um belastende, gesundheitsgefährdende Arbeitszeiten und es geht insbesondere um drohende finanzielle Einbußen“, erklärt Dürtscher.

Konkret fordern wir für die Metallindustrie Rechtssicherheit für die Beschäftigten, wie etwa bei einer 4-Tage-Woche oder bei Ablehnung von Überstunden. Es geht um eine individuelle Wahl-

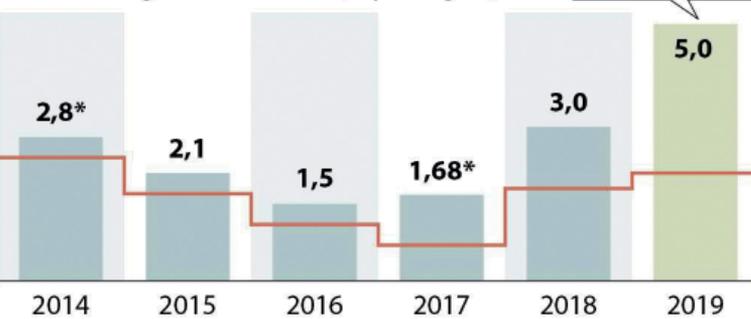


### Metaller-Abschlüsse vergangener Jahre

KV-Abschlüsse für das Jahr ... Steigerung in %

— Maßgebliche Inflation (Sept.-August)

Arbeitnehmerforderung



\* Schnitt, gestaffelt nach Einkommen

Grafik: © APA, Quelle: APA/Statistik Austria



### ARBEITSZEIT AUCH IM HANDEL EIN THEMA

Spannung verspricht auch die Kollektivvertragsverhandlung für die etwa 500.000 Beschäftigten im Handel, die am 30. Oktober startet. „Natürlich sind die Arbeitszeit und die konkreten Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes auch bei uns ein Thema“, erklärt die Verhandlerin der GPA-djp Anita Palkovich. „Ohne den Verhandlungen vorgeifen zu wollen, ist etwa die Forderung nach der 6. Urlaubswoche gerade im Handel ein zentraler Punkt. Durch die hohe Fluktuation erreicht in dieser Branche kaum jemand die geforderten 25 Jahre bei einem Arbeitgeber als Voraussetzung für die 6. Urlaubswoche. Bedingt durch den hohen Anteil weiblicher Beschäftigter handelt es sich um eine eklatante Benachteiligung von Frauen“, so Palkovich.

Ein spannender Kollektivvertragsverhandlungsherbst steht

freiheit bei Überstunden, sich diese in Freizeit oder Geld abgeben zu lassen. Das Erreichen einer 6. Urlaubswoche soll für alle deutlich erleichtert werden, und für ArbeitnehmerInnen mit besonders belastenden Tätigkeiten wie Schichtarbeit, Akkord- oder Prämienarbeit soll es eine Verkürzung der Normalarbeitszeit geben, fordern die Gewerkschaften. Hinzu kommen deutlich höhere Zuschläge für die 10. (75 Prozent), 11. und 12. Arbeitsstunde (100 Prozent).

### ÖNB-GOUVERNEUR UNTERSTÜTZT

Die Arbeitgeber stellen den Forderungen der Gewerkschaften

ein Konzept für einen „zukunftsorientierten“ Kollektivvertrag entgegen, das aber außer Schlagwörtern wie „Fairness“ und „Transparenz“ wenig Konkretes beinhaltet.

Wenig überraschend wurde von den Arbeitgebern die Forderung nach der prozentuellen Gehaltserhöhung als nicht nachvollziehbar dargestellt. Schützenhilfe erhielten die Gewerkschaften von einem, der es wissen muss. Der Gouverneur der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) Ewald Nowotny bezeichnete die Gewerkschaftsforderungen angesichts der aktuellen Wachstumsraten und einer Inflation von über 2 Prozent als nicht überschießend.

**„DURCH DAS ARBEITSZEITGESETZ IST EINE SCHIEFLAGE ENTSTANDEN, DIE WIR KORRIGIEREN WOLLEN.“**

**KARL DÜRTSCHER**

auf jeden Fall bevor. „Ob es ein heißer Herbst wird, hängt maßgeblich von den Arbeitgebern ab. Sollten sie null Bereitschaft zeigen, über konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitszeitqualität im Kollektivvertrag zu verhandeln, dann stehen die Zeichen auf Sturm“, so der Bundesgeschäftsführer der GPA-djp Karl Dürtscher.

Martin Panholzer

# Faktencheck Sozialversicherungsreform

Die Regierung hat am 14.9.2018 die Gesetzesentwürfe für ihre angekündigte Sozialversicherungsreform vorgestellt. Im KOMPETENZ-Faktencheck werden die wichtigsten Fragen zu den möglichen Auswirkungen beantwortet.

**?** Die Regierung verspricht Leistungsverbesserungen – ist damit zu rechnen?

**✓** Die Regierung verspricht durch die Zusammenlegung der Krankenkassen eine „Patientenmilliarde“ und stellt Leistungsverbesserungen in den Raum. Eintreten wird aber wohl das Gegenteil. Die Aussage, dass bis 2023 eine Milliarde Euro insbesondere in der Verwaltung eingespart werden soll, ist unhaltbar und konnte auch nicht erklärt werden. Im Gegenteil: In den Begleitunterlagen zum Gesetz hat das Sozialministerium bis 2023 lediglich Einsparungen von 33 Millionen angeführt. Das ist ein Dreißigstel einer Milliarde. Die erheblichen Kosten für die überhastete Fusion wurden hingegen nicht ausgewiesen. Es wurde jedoch klargestellt, dass bis 2023 Mehr-

kosten entstehen werden. Somit steigt der Verwaltungsaufwand in den nächsten fünf Jahren. Die Bundesregierung hat es mit der Errichtung der neuen Struktur sehr eilig. Diese soll bereits 2020 stehen. Eine derart überfallsartige Systemumstellung kommt in der Regel sehr teuer. Das zeigt auch die Vergangenheit: Die Fusion der Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten im Jahr 2003 führte bis 2010 zu Mehrkosten von 200 Millionen Euro. Neben den Fusionskosten, die die Krankenkasse selbst tragen muss, werden ihr jedoch allein in den Jahren von 2019 bis 2023 ca. 600 Millionen an finanziellen Mitteln entzogen. Die Kasse bekommt weniger Geld von der Unfallversicherung, muss mehr an Privatspitäler abführen und bekommt weniger Geld vom Bund für die Rückerstattung der Mehrwertsteuer: Alles in allem laufen diese Pläne auf

Leistungsverschlechterungen hinaus.

**?** Künftig soll es besseres Service geben, gleichzeitig soll die SV jedoch mit weniger Personal und weniger FunktionärInnen auskommen – ist das überhaupt möglich?

**✓** Die geplanten Einsparungen in der Verwaltung sollen vor allem durch Nichtnachbesetzungen erfolgen. Daher ist mit einem Sinken der Servicequalität insgesamt zu rechnen (längere Bearbeitungsdauer und längere Wartezeiten). Die VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen werden in der Sozialversicherung drastisch reduziert, während die Wirtschaftsvertreter deutlich mehr Einfluss bekommen. Weniger VertreterInnen bringen aber keine Einsparungen, denn diese arbeiten zu 90 Prozent ehrenamt-

lich. Die Selbstverwaltung kostet jährlich bloß 40 Cent pro versicherter Person.

**? Die Bundesregierung spricht von einer Leistungsharmonisierung, die nun umgesetzt wird. Stimmt das?**

✓ Die Reform bringt keine einheitlichen Leistungen. Denn Beamte und Selbstständige haben weiter eine eigene Krankenversicherung. In Wirklichkeit wird es also nicht zu Leistungsverbesserungen, sondern zu einer Drei-Klassen-Medizin kommen. Eine Angleichung der Leistungen erfolgt nur zwischen den Gebietskrankenkassen. Die besseren Leistungen für Selbstständige und Beamte bleiben hingegen bestehen. Die künftige Beamten- und Eisenbahnerversicherung hat einen viel größeren finanziellen Spielraum als die ÖGK, in der neben ArbeitnehmerInnen auch Arbeitslose, prekär Beschäftigte und MindestsicherungsbezieherInnen versichert sind. Werden hingegen nur stabil Beschäftigte versichert, ergeben sich pro Kopf um ca. 30 Prozent höhere Einnahmen. Da kann man auch mehr Leistungen anbieten! Zu einem Ausgleich dieser Unterschiede kommt es auch künftig nicht. Es muss deshalb mit einer Zunahme der Leistungsunterschiede gerechnet werden.

**? Muss man künftig bei jedem Arztbesuch etwas dazuzahlen?**

✓ Das ist leider sehr wahrscheinlich. Die Wirtschaftskammer fordert seit Jahren die Einführung von allgemeinen Selbstbehalten. Schon im Jahr

2017 forderte die WKO eine Reform des Sozialversicherungssystems, die nun von der Regierung nahezu ident umgesetzt wird. Enthalten sind auch allgemeine Selbstbehalte: „Neues Gesamtsystem von Selbstbeteiligungen, um die Leistungsbeanspruchung zu lenken.“ Die Höhe von Selbstbehalten bei Arztbesuch oder Spitalsambulanz für alle Versicherten könnten im neuen Dachverband beschlossen werden. In diesem werden die WirtschaftsvertreterInnen mit 6 zu 4 Stimmen die klare Mehrheit stellen, weshalb die Umsetzung der jahrelangen Forderung nach Selbstbehalten auf Druck von Wirtschaftskammer und Industrie bevorsteht.

**? Die Beitragsprüfung wandert zur Finanzverwaltung – was bedeutet das?**

✓ Künftig wird die ÖGK zwar weiter Sozialversicherungsbeiträge einheben, aber nicht mehr prüfen dürfen, ob die Beiträge korrekt bezahlt wurden. Die Beitragsprüfung wird per Gesetz an die Finanzverwaltung übertragen. Der für die ArbeitnehmerInnen zuständige Träger kann somit künftig nicht mehr prüfen, ob Unterentlohnung oder Scheinselbstständigkeit vorliegt. Weniger Prüfungen und Beiträge bedeuten für die Versicherten auch geringere Leistungen. Die Maßnahmen der Bundesregierung führen somit zu einer Verhinderung von effektiver Kontrolle von fairer Entlohnung im Sinne der Beschäftigten.

**? Wie geht es nun mit der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung weiter?**

✓ Im Zuge der „Reform“ wird eine massive Machtverschiebung in den Entscheidungsgremien stattfinden. So sollen in jenen Trägern, in denen ArbeiterInnen und Angestellte versichert sind, also in der Gesundheitskasse, der Pensionsversicherung und der Unfallversicherung die ArbeitgeberInnen künftig gleich viele Stimmen bekommen wie die ArbeitnehmerInnen. Das ist deswegen absurd, weil in diesen Trägern kein einziger Arbeitgeber und keine einzige Arbeitgeberin versichert sind. Künftig entscheiden also die ArbeitgeberInnen über die Köpfe der Betroffenen hinweg: bei der Einführung von Selbstbehalten, bei der Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen und bei Verteilung von Kassenarztstellen. Im Dachverband sollen die ArbeitgeberInnen sogar die deutliche Mehrheit erhalten. Was die Regierung plant, ist nichts anderes als eine einseitige Machtübernahme der DienstgeberInnen in der Sozialversicherung.

**? Die Anzahl der Sozialversicherungsträger soll auf fünf reduziert werden. Stimmt das?**

✓ Dass die Anzahl der Sozialversicherungsträger auf insgesamt fünf Träger reduziert wird, ist so nicht richtig. Manche Versicherungsträger wie die Betriebskrankenkassen und die Versicherungsanstalt des Österreichischen Notariats werden mitunter nur umbenannt und künftig als „Wohlfahrtseinrichtungen“ bezeichnet. Somit bleiben nicht fünf, sondern wahrscheinlich zehn Organisationen übrig. ●

David Mum



# Überstunden oder Macbeth?

Wir erklären, welche Rechte Beschäftigte haben, wenn länger gearbeitet werden soll.

**V**on Überstunden spricht man, wenn über die gesetzliche Normalarbeitszeit (8 Stunden pro Tag, 40 Stunden pro Woche) hinaus gearbeitet wird. Sofern im Kollektivvertrag nicht günstiger geregelt, gebührt für eine Überstunde ein Zuschlag von 50 Prozent oder Zeitausgleich in Höhe von 1,5 Stunden. Allerdings ist das nur die Grundregel. Unterschiedliche Arbeitszeitmodelle lassen eine andere Verteilung oder eine Verlängerung der Normalarbeitszeit zu. Überstunden fallen dann später oder gar nicht an oder werden in den nächsten Durchrechnungszeitraum übertragen. Daher ist bei jeder Rechtsberatung auf die Umstände des Einzelfalls zu achten.

## ÜBERSTUNDENPAUSCHALE

Da wäre zunächst Simone G., die eine Überstundenpauschale

bezieht. „Im Vorjahr“, erzählt sie, „habe ich erstmals weniger Überstunden geleistet, als durch meine Pauschale abgedeckt sind. Mein Chef verlangt nun von mir, dass ich den nicht abgeleisteten Teil meiner Pauschale zurückzahle.“ Wie sie erklärt, begründet er das damit, dass er in den Jahren davor stets einen Saldo zu ihren Gunsten nachzahlen musste. „Diesmal“, seufzt Simone G., „besteht ein Saldo zu meinen Lasten.“ Es erleichtert sie zu hören, dass sie nichts zurückzahlen muss. Das Risiko, dass weniger Überstunden als in der Pauschale abgedeckt anfallen können, trägt der Arbeitgeber. Doch eine Woche später erscheint Simone G. erneut zur Beratung. „Mein Chef hat meine Pauschale widerrufen“, klagt sie. „Von nun an bekomme ich nur noch die Überstunden bezahlt, die ich auch leistete.“ Grundsätzlich darf ein Arbeit-

geber eine Überstundenpauschale nicht widerrufen. Sie ist Teil des Arbeitsvertrags und kann nicht einseitig abgeändert oder beseitigt werden. Simone G. hat seinerzeit allerdings die Widerrufbarkeit ihrer Pauschale vereinbart. Trotzdem, erfährt sie, darf ihr Chef von seinem Widerrufsrecht nicht mutwillig Gebrauch machen. Um es auszuüben, bedarf es sachlich gerechtfertigter Gründe. Wie Simone G. beteuert, werden auch weiterhin Überstunden anfallen: „Und das nicht zu knapp!“ Dass sie im Vorjahr erstmals weniger Überstunden als bezahlt geleistet hat, rechtfertigt noch nicht den Widerruf ihrer Pauschale.

## ÜBERSTUNDENZUSCHLÄGE

Mariusz K. arbeitet in einem Büro. Bis vor kurzem ließ seine Gleitzeitvereinbarung täglich 9 Stunden Normalarbeitszeit zu.

Die 10. Stunde wurde jeweils als Überstunde ausbezahlt. Sein Chef möchte sparen. „Mit 1. September wurde die Gleitzeitvereinbarung geändert“, seufzt Mariusz K. „Nun können täglich bis zu 12 Stunden Normalarbeitszeit anfallen. Stimmt es, dass ich in Zukunft für die 10. Stunde keinen Zuschlag mehr bekomme?“

Ja, das stimmt. Normalarbeitszeit ist nicht zuschlagspflichtig. Allerdings können auch im Rahmen einer Gleitzeitvereinbarung Überstunden anfallen, wenn sie angeordnet werden oder infolge der erteilten Arbeitsaufträge notwendig sind. Gleitzeit bedeutet nämlich grundsätzlich, dass die Beschäftigten die Dauer ihrer Arbeitszeit bestimmen, nicht der Arbeitgeber. „Gilt das auch für die 9. Stunde?“, fragt Mariusz K. nach. „Ich bleibe oft, weil ich bleiben muss. Weil mein Chef das verlangt.“ Ja, bekommt er zur Antwort, auch die 9. Stunde ist zuschlagspflichtig, wenn sie angeordnet wird. „Dann könnte ich für die Vergangenheit sogar Nachforderungen stellen“, überlegt Mariusz K. Allerdings kann er nur nachfordern, was noch nicht verjährt bzw. verfallen ist.

Gwen P. hat eine sehr dringliche Frage, als sie anruft. „Soeben hat mir mein Chef eröffnet, dass ich heute Überstunden machen muss“, beschwert sie sich, „aber ich habe für den Abend Opernkarten. Verdis „Macbeth“ in toller Besetzung. Die Karten waren sehr teuer. Außerdem freue ich mich schon seit Wochen auf diesen Abend.“ Ihren Chef interessiert das nicht. „Er sagt, ich kann nur die 11. und 12. Überstunde ablehnen, nicht jedoch die 9. und 10.“, sagt Gwen P. „Dabei könnte ich die Arbeit, die er heute noch erledigt haben will, auch morgen früh zum Abschluss bringen. Rechtzeitig vor seinem Meeting.“

Was ihr Chef nicht wahrhaben will: Überstunden dürfen überhaupt nur angeordnet werden, wenn keine berücksichtigungswürdigen Interessen der Beschäftigten entgegenstehen. Das gilt schon ab der 9. Stunde. Und eine Opernkarte für Verdis „Macbeth“ in der Wiener Staatsoper ist wohl ein berücksichtigungswürdiges Interesse. Dies umso mehr, als die anfallende Arbeit auch morgen noch fristgerecht erledigt werden kann.

Andrea Komar

## Überstunden sind ungesund

In regelmäßigen Abständen warnen arbeitsmedizinische sowie -psychologische Studien vor den negativen Folgen langer Arbeitszeiten. Die dauerhafte Belastung durch Überstunden schaden der körperlichen und geistigen Gesundheit. Ständige Anspannung und fehlende emotionale Distanz machen nachweislich krank. Die einen schädigen ihr Herz-Kreislauf-System, die anderen schlittern ins Burn-out. Lange Arbeitszeiten bedingen darüber hinaus häufig einen ungesunden Lebensstil mit zu wenig Bewegung und zu kurzem Schlaf. Das zieht Folgeerkrankungen nach sich. Unternehmen, die verkürzte Arbeitszeitmodelle eingeführt haben, berichten von einer stabileren Gesundheit und einer höheren Leistungsfähigkeit ihrer Beschäftigten. Kein Wunder: Bereits nach einem 8-Stunden-Tag nehmen Übermüdung und Fehler zu.



## Überstunden unausweichlich?

**Bei guter Planung sollten Überstunden weitestgehend vermeidbar sein.**

Wir alle leisten Überstunden. In der heutigen Arbeitswelt ist das eine Selbstverständlichkeit. Wie sonst sollten Aufträge rechtzeitig erfüllt und Ziele erreicht werden? Überstunden sind also ein notwendiges Übel.

Aber ist das wirklich so? Zuallererst sind regelmäßig anfallende Überstunden ein Zeichen schlechter Personalplanung; ein Organisationsmanko des Unternehmens. Wer regelmäßig Überstunden leistet, badet aus, was das Management verbockt hat: mangelnde Personalressourcen und ineffiziente Arbeitsabläufe zuallererst.

In unserer Rechtsberatung werden wir tagtäglich mit Fragen konfrontiert, die sich um Überstunden drehen. Müssen sie geleistet werden? Wie sind sie abzugelten? Wozu verpflichten eine Überstundenpauschale oder ein All-in-Vertrag?

Die Antworten ergeben sich – je nach kollektivvertraglicher Regelung und Art des Arbeitszeitmodells – nach Prüfung des Einzelfalls.

### Rechtsexpertin Andrea Komar

ist Leiterin der Rechtsabteilung der GPA-djp und Autorin der Rubrik RECHT in der KOMPETENZ.



# GEMEINSAM FÜR DIE ZUKUNFT BAUEN

Zwei gemeinnützige Wohnbauträger zeigen, wie Schule und Wohnheim gemeinsam unter einem Dach funktionieren kann.

In der Wagramer Straße 224 in Wien-Donaustadt wurde vor kurzem – rechtzeitig zum Schulstart – eine neue Volksschule eröffnet. Das Besondere daran: Sie befindet sich in einem multifunktionalen Gebäude, in dem auch ein Wohnheim untergebracht ist. Schule und Wohnen? Geht das überhaupt?

Konkret ist die Ganztagschule der Stadt Wien für 225 SchülerInnen im Erdgeschoß sowie im ersten Stock des Hauses untergebracht; in den darüber liegenden Stockwerken sind Wohnheimappartements entstanden. Der Schulneubau wurde von der Wohnbauvereinigung für Privatangestellte Gemeinnützige Ges.m.b.H. (WBV-GPA) realisiert, die Errichtung des

Wohnheims wurde von der MIGRA Gemeinnützige Wohnungsges.m.b.H. vorgenommen.

Die Volksschule wird nun, nach Fertigstellung, an die Stadt Wien vermietet. Ein Mietmodell nach dem Kostendeckungsprinzip, das, ginge es nach der WBV-GPA, in Zukunft stärker verfolgt werden sollte.

Der innovative Schulbau wurde gemeinsam von Bildungsstadtrat Jürgen Czernohorszky, Bildungsdirektor Heinrich Himmer, Bezirksvorsteher Ernst Nevriky und WBV-GPA-Geschäftsführer Michael Gehbauer offiziell am 5. September 2018 eröffnet.

„Ich freue mich, dass wir damit in einem wachsenden Stadtgebiet rasch die notwendige Schulinfrastruktur schaf-

fen konnten“, betonte Bildungsstadtrat Jürgen Czernohorszky im Rahmen der Eröffnungsfeier. „Projekte wie dieses zeigen, dass sich dabei auch flexible Lösungen und innovative Ideen umsetzen lassen.“

## MULTIFUNKTIONALES GEBÄUDE

Insgesamt sind in dem Neubau neun Volksschulklassen, ein Speisesaal mit Aufwärmküche, eine Bibliothek, Lehrerzimmer, Freizeiträume, Garderoben sowie im Untergeschoß ein Bewegungsraum und ein Gymnastikraum untergebracht. Das Wohnheim umfasst neben den 113 geförderten Wohneinheiten Gemeinschaftsflächen in jedem Geschoß, wie z. B. Bibliothek, Gemeinschaftsterrassen,

Kommunikationszonen und Waschküchen.

„Mit der Schule hier in der Wagramer Straße können wir gleich zwei Herausforderungen angehen: Einerseits entsteht dadurch im Wachstumsbezirk Donaustadt wichtiger Schulraum“, betont Wiens Stadtschulratspräsident Heinrich Himmer. „Andererseits lädt die Architektur der neuen Schule geradezu dazu ein, hier eine besonders innovative moderne Pädagogik zu verwirklichen.“

Wie bereits bei dem im Jahr 2015 fertiggestellten Evangelischen Realgymnasium Donaustadt der WBV-GPA, stammte auch diesmal die Architektur bewährterweise aus der Feder der Architektin Sne Veselinović.

„Die Donaustadt wächst und hier müssen alle Bereiche mitwachsen. Mit den Projekten wie hier in der Wagramer Straße garantieren wir auch in Zukunft unserer Jugend eine gute Ausbildung“, so Donaustadts Bezirksvorsteher Ernst Nevriy.

## ZWEI GEMEINNÜTZIGE BAUTRÄGER ZIEHEN AN EINEM STRANG

Das Bauen ist kein Alleingang, und bei Sonderprojekten wie hier schon gar nicht. Es braucht mehrere Player, erst recht, wenn es mit hohen Ansprüchen

an den sozialen Mehrwert und die Innovation betrieben wird. Es braucht Kooperation.

„Dieses innovative Schul- und Wohnbauprojekt hat für uns gemeinnützige Bauträger einen Leuchtturm-Charakter“, so DI Alfred Petritz, Geschäftsführer der MIGRA. „Es ist uns gemeinsam gelungen, die sehr komplexe Aufgabenstellung, nämlich einen Schulbau und einen geförderten Wohnbau unter einem Dach zu vereinen.“

„Kooperation“ ist – neben „sozial, innovativ und kostengünstig“ – auch einer der vier Schwerpunkte der WBV-GPA. Projekte unter der Maxime der Partnerschaft anzugehen, ist seit der Gründung im Jahr 1953 wesentlicher Teil der Unternehmensphilosophie.

„Die gemeinnützigen Bauträger in Österreich errichten nicht nur qualitativ hochwertigen Wohnraum zu leistbaren Konditionen für die Bevölkerung Österreichs, sondern sind auch verlässlicher Kooperationspartner der öffentlichen Hand für kommunale Bauaufgaben wie bspw. bei diesem Schulbau-Projekt in der Donaustadt“, betont Mag. Michael Gehbauer, Geschäftsführer der gemeinnützigen WBV-GPA. ●

Christian Swoboda

## FREIE WOHNUNGEN

### Bestehende Objekte

**3300 Amstetten**, Ferdinand-Waldmüller-Str. 5, 2-Zimmer-Wohnung, HWB 83 KWh/m<sup>2</sup>/a

**8605 Kapfenberg**, Johann-Böhm-Str. 31, 2- und 3-Zimmer-Wohnung, HWB 44 KWh/m<sup>2</sup>/a

**8053 Graz**, Frühlingstr. 31, 3-Zimmer-Wohnung, HWB 48 KWh/m<sup>2</sup>/a

**2640 Gloggnitz**, Dr.-Martin-Luther-Str. 9, 2-Zimmer-Wohnung, 54 m<sup>2</sup>, HWB 52,48 KWh/m<sup>2</sup>/a

**3002 Purkersdorf**, Herrngasse 6, 5-Zimmer-Wohnung, 113 m<sup>2</sup>, HWB 39,00 KWh/m<sup>2</sup>/a

**2731 St. Egyden**, Am Stadtgraben 1–3, 2-Zimmer-Wohnung, 66 m<sup>2</sup>, HWB 67,21 KWh/m<sup>2</sup>/a

## WOHNUNGSBERATUNG

### Wohnbauvereinigung für Privatangestellte

WBV-GPA Wohnungsservice –  
Gassenlokal  
1010 Wien, Werdertorgasse 9  
Tel.: (01) 533 34 14  
Internet: [www.wbv-gpa.at](http://www.wbv-gpa.at)  
[wohnungsservice@wbv-gpa.at](mailto:wohnungsservice@wbv-gpa.at)



Foto: Gerald Zugmann



## Gewährleistung

Wenn das neue Tablet nicht richtig funktioniert oder in der neu aufgebauten Küche eine Tür klemmt, dann können sie reklamieren.

### Wie Sie zu Ihrem Recht kommen:

Fordern Sie den Händler schriftlich zu Austausch oder Reparatur auf.

Setzen Sie dem Händler eine konkrete Frist.

Halten Sie noch offene Zahlungen zurück.

Lassen Sie sich nicht an den Hersteller verweisen.

Klagen müssen noch innerhalb der Gewährleistungsfrist eingebracht werden.

### Mehr Infos:

**AK-KonsumentInnenberatung**

01/501 65 209  
Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr

**D**as Recht auf Gewährleistung verpflichtet Händler und Dienstleister dazu, ein Werk oder eine Ware zur Verfügung zu stellen, die keine Mängel haben und funktionieren. Anders ist das allerdings beim Kauf bei Privatpersonen. In Verträgen zwischen Privatpersonen kann die Gewährleistung ausgeschlossen werden.

Oft wird die Gewährleistung mit der Garantie verwechselt. Die Garantie ist jedoch nur ein freiwilliges Zuckerl des Herstellers oder des Händlers. Auf die Gewährleistung dagegen besteht ein gesetzlicher Anspruch, auf den Sie sich jedenfalls berufen können. Die Gewährleistung betrifft nur Mängel, die zum Zeitpunkt des Kaufs bereits vorhanden waren. Das kann auch der

Fall sein, wenn man selbst den Fehler erst später bemerkt. Ein klarer Gewährleistungsfall ist etwa ein Bildschirm, der im Geschäft noch funktioniert und zuhause plötzlich flimmert. In dem Fall muss der Händler das Gerät austauschen oder kostenlos reparieren.

### GEWÄHRLEISTUNGSFRIST

Bei beweglichen Dingen beträgt die Gewährleistungsfrist zwei Jahre ab der Übergabe, bei unbeweglichen Sachen, z. B. bei einem Haus oder einer eingebauten Heizung, beträgt sie drei Jahre. Bei gebrauchten beweglichen Waren kann die Gewährleistungsfrist auf ein Jahr verkürzt werden. Das muss aber zwischen Verkäufer und Käufer extra ausgehandelt werden.

Ein Vermerk in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder ein Standardsatz im Vertrag reichen nicht aus. Wenn Sie den Mangel innerhalb von sechs Monaten nach der Übergabe bemerken, liegt die Beweislast beim Händler. Das heißt, er muss im Zweifelsfall nachweisen, dass die Ware beim Kauf einwandfrei funktioniert hat.

Wenn der Unternehmer auch zur Montage einer gekauften Ware verpflichtet war und diese durch unsachgemäße Montage beschädigt wird, haftet ebenfalls der Unternehmer. Er haftet auch dann, wenn Sie die Montage selbst durchführen und dabei das Produkt aufgrund eines Fehlers in der Montageanleitung beschädigen.

Lucia Bauer



**Michael Hartmann**  
**Die Abgehobenen**  
**Wie Eliten die Demokratie gefährden**

20,60 EUR  
 ISBN 978-3-593-50928-0

Die Eliten werden immer mehr zur geschlossenen Gesellschaft. Das gilt nicht nur für die Wirtschafts-, sondern zunehmend auch für die politische Elite. Ihre Lebenswelten und die der Bevölkerung driften seit Jahrzehnten auseinander. Sie glauben, dass für sie eigene Regeln gelten und produzieren einen Steuer- und Finanzskandal nach dem anderen. Der renommierte Elitenforscher Michael Hartmann benennt die Folgen: Politikverdrossenheit und Rechtspopulismus.

Die einen schimpfen auf „die da oben“, andere auf das Elitenbashing. Dabei lohnt es sich, genau hinzusehen: Wer sind die Eliten? Wie erneuern sie sich? Wie hängen ihre Haltungen und ihre Herkunft zusammen? Hartmanns Befund: Die Eliten sind ein abgehobener Selbstrekrutierungsbetrieb, der die Demokratie aushöhlt. Nur durch eine durchgreifende soziale Öffnung der politischen Elite ist eine Wende möglich.

Michael Hartmann, renommierter Elitenforscher, setzt mit seinem Buch ein klares politisches Statement zu einem brisanten Thema mit gesellschaftlicher Sprengkraft.



**Gudrun Lerchbaum**  
**Wo Rauch ist**  
**Roman**

13,40 Euro  
 ISBN 978-3-86754-233-3

Ein für internationale Politreportagen bekannter Journalist kommt zu Tode. Buchhändlerin Olga Schattenberg argwöhnt ein Verbrechen. Während im politisch kriselnden Wien gezündelt wird, begibt sie sich mit zwei Gefährten auf eine unbequeme Wahrheitssuche. Ein harmoniesüchtiger Grabredner. Eine psychisch instabile Straftäterin. Eine gelähmte Revoluzzerin. Aus den Perspektiven dieses ungewöhnlichen Trios infernal knüpft Gudrun Lerchbaum ihren hochdynamischen Kriminalroman. Provokant, geschmeidig und humorvoll entspinnt sich ein Plot um Freundschaft und Widerstand, Illusion und Vorurteil, ein spannendes Vexierspiel um den Mut zum Denken, Hinsehen und Hinterfragen.

Gudrun Lerchbaum, aufgewachsen in Wien, Paris und Düsseldorf, sammelte bei und nach einer unstillen Schullaufbahn und anschließendem Studium der Architektur und Philosophie Erfahrungen in zahllosen Jobs, sie versuchte sich u. a. als Lagerarbeiterin, Grafikerin, Kellnerin, Sekretärin, Plakatkleberin und Aktmodell. Seit Abschluss ihres Studiums als Architektin tätig, zog sie zwei mittlerweile erwachsene Töchter groß und engagierte sich für geflüchtete Mädchen. 2016 machte sie mit dem politischen Near-Future-Thriller »Lügenland« (Pendragon) im Krimigenre Furore. Sie lebt in Wien.



**Eva Lindtner**  
**Zwischen Nigeria und Europa**  
**Schicksale von Migration und Remigration**

20 Euro  
 ISBN 978-3-85371-447-8

Immer restriktiver werdende Migrationspolitiken schränken die Handlungsspielräume von nigerianischen Migrantinnen ein und führen sie auf vielfältige und oft verzweigte Odysseen durch Nordafrika und Europa – und häufig wieder zurück nach Nigeria. Nahe an den Erfahrungen und Sichtweisen der Migrantinnen selbst zeichnet Eva Lindtner deren Beweggründe, Hoffnungen, Strategien, Erfolge und ihr Scheitern nach.

Eva Lindtner, geboren 1981 in Brixlegg/Tirol, studierte Kultur- und Sozialanthropologie und Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache an der Universität Wien. Zahlreiche Auslandsaufenthalte und Forschungen führten sie unter anderem nach Nigeria, Niger, Kuba, Ghana, Kenia, Tansania, Südafrika und Thailand.

**IMPRESSUM**

**GPA** **djp** Leserbriefes an kompetenz@GPA-djp.at • Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@GPA-djp.at • Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96 • Chefredakteur: Martin Panholzer, Chefin vom Dienst: Lucia Bauer, lucia.bauer@gpa-djp.at, Assistenz: Alexander Kobinger, alexander.kobinger@GPA-djp.at • Coverfoto: Peter M. Hoffmann • Layout und Artdirektion: Kerstin Knüpfer Dipl. Designerin (FH), Layoutkonzept: Matthäus Zinner, typothese.at • Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21 • Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudorf • DVR-Nr. 0046655, ZVR-Nr. 576439352 • Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: www.GPA-djp.at/offenlegung



Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.

# 60 Stunden pro Woche arbeiten?

## 12 Stunden am Tag?



### So geht's nicht!

Die Industrie bestellt, die Regierung liefert,  
und wir ArbeitnehmerInnen bezahlen mit unserer  
Gesundheit, unserer Freizeit und unserem Geld.

#### ⊗ UNSERE GESUNDHEIT

Längere Arbeitszeiten machen krank und führen zu mehr Unfällen.

#### ⊗ UNSERE FREIZEIT

Familie, Freundschaften und Hobbys bleiben auf der Strecke.

#### ⊗ UNSER GELD

Zuschläge für die 11. und 12. Stunde werden entfallen. Das ist Lohnraub!

 oegb.at

 oegb\_at

**ÖGB** ÖSTERREICHISCHER  
GEWERKSCHAFTSBUND

### Arbeitszeit-Hotline



**0800 22 12 00 60**  
Mo-Do: 9-18 Uhr, Fr: 9-16 Uhr